



Antrag-Nr.: 5
zu TOP: 7
Rasterpkt.:

A N T R A G
zur Hauptversammlung vom 11. bis 13. Oktober 2007 in Halle

Antragsteller: Bundесvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

Landesverband: _____

Headline: Keine Versozialisierung des Privatrechtes

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): Keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert den Ge-
2 setzgeber und Verordnungsgeber auf, den mit der Nivellierung der Gebührenordnun-
3 gen und der Vermischung von Privat- und Sozialrecht beschrittenen Weg in eine
4 Einheitsversicherung zu stoppen.

5

6 **Begründung:**

7 *Nicht hinnehmbar sind insbesondere folgende Regelungen:*

8 ➤ *Das Bundesgesundheitsministerium möchte unter Umgehung des Parlaments*
9 *im Rahmen der Novellierung der GOZ eine direkte Modifizierung des SGB V*
10 *vornehmen. So soll die Abrechnung von Füllungsleistungen im Rahmen einer*
11 *Behandlung nach § 28 Abs. 2 SGB V (Mehrkostenregelung) über die private*
12 *Gebührenordnung limitiert werden.*

13 ➤ *Geplant ist eine Angleichung der privaten Gebührenordnung GOZ an den so-*
14 *zialrechtlichen Bewertungsmaßstab (BEMA), der sich an den Kriterien ausrei-*
15 *chend, wirtschaftlich und zweckmäßig zu orientieren hat. Eine innovative,*
16 *hochwertige Zahnheilkunde ist dann unter betriebswirtschaftlichen Gesichts-*
17 *punkten nicht mehr erbringbar.*

18 ➤ *Elemente der GKV wie volumenneutrale Honorierung, Budgetierung, Risiko-*
19 *strukturausgleich etc. sollen auf das Privatrecht übertragen werden.*

20 ➤ *Es wird gegen den Subsidiaritätsgrundsatz verstoßen, wenn originär private*
21 *Rechtskreise einer sozialrechtlichen Regelung zugeführt werden.*

Abstimmung: Einstimmig angenommen